

Wien, Freitag, den 9. Oktober 1925.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 9. Oktober 1925.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr 10 Minuten die Sitzung.

Ohne Verhandlung werden folgende Anträge beschlossen:

Der Antrag des Gemeinderates Dr. Friedjung über die leihweise Ueberlassung des Schlosses Bellevue an Maria Salzer-Wittgenstein zur Führung eines Pflegeheimes für kochentuberkulose Kinder und Unterbringung von Kindern durch die Gemeinde Wien; zur Vornahme von Instandsetzungsarbeiten und Reparaturen wird ein Kredit im Gesamtbetrag von 24.300 Schilling bewilligt. Für die Bestreitung der Verpflegungskosten für das laufende Verwaltungsjahr wird der Kredit von 18.000 Schilling genehmigt. Der Antrag des Stadtrates Speiser über eine Aenderung des Kollektivvertrages der Bediensteten der städtischen Elektrizitätswerke, wird genehmigt und der Bericht der Wasserkraftwerke- A.G. für die Zeit von 1. Mai bis 31. Juli 1925 zur Kenntnis genommen.

Angenommen werden weiter eine Reihe von Anträgen; der Antrag des Gemeinderates Ferenz auf einen Kredit von 8.000 Schilling für Instandhaltungsarbeiten an den Aufzügen im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz; des Gemeinderates Grünfeld auf Erhöhung der Gebühr für einen Passierschein von Personenfuhrwerken zur Einfahrt in den Zentralfriedhof von zwanzig auf fünfzig Groschen; des Gemeinderates Hiesl, Subventionen zu gewähren an den Verein abstinenten Frauen in Wien zur Renovierung und Neueinrichtung der alkoholfreien Gastwirtschaft Volksheim, XVI., Koflerpark, im Ausmasse von dreitausend Schilling, für die Zentralstelle für Kinderschutz und Jugendfürsorge von tausend Schilling, an die freiwillige Feuerwehr Grinzing als Beitrag zu den Anschaffungskosten der im Vorjahre eingestellten neuen Automobilspritze von 2.500 Schilling, für den Wiener Gewerbe-Genossenschaftsverband von tausend Schilling, für den Arbeiter-Abstinenzantenbund in Oesterreich von 15.000 Schilling; der Antrag des Gemeinderates Isler zur Strassenherstellung in der Vorgartenstrasse von der Strömstrasse bis zur Heliwegstrasse im XX. Bezirk im Betrag von 50.000 Schilling, zu Strassenherstellungen bei den Wohnhausbauten am Fuchsenfeld in Meidling mit den Kosten von 315.000 Schilling, ferner Strassenherstellungen beim städtischen Wohnhausbau Rosensteingasse in Währing und in der Gartensiedlung Am Flötzersteig mit einem Kredit von 110.000 Schilling, endlich den Neubau eines Hauptkanals in der Umgebung des Wohnhausbaus Ehangasse in Simmering mit dem Kostenerfordernis von 70.000 Schilling und den Zuschusskredit von 284.000 Schilling des Betriebes Wasserversorgung.

Angenommen werden ferner Anträge des Gemeinderates Jenschik für Sicherungsarbeiten im Schulgebäude XII., Nymphen-gasse im Betrag von 9.800 Schilling, für Gebäudeerhaltungsarbeiten in der Heilanstalt Ybbs von 6.000 Schilling und für die Kosten des Umbaus eines Belagheimes des Wiener Versorgungsheimes Lainz in ein Krankenhaus der Kredit von 304.000 Schilling; des Gemeinderates Kohl auf Ankauf einer Liegenschaft auf der Landstrasse;

des Gemeinderates Linder auf Ankauf einer Liegenschaft in Währing; des Gemeinderates Lütsch auf Ankauf von Gründen in Simmering, Aspern, Gross-Jedlersdorf; des Gemeinderates Nachtnebel

eines Kredites von 90.000 Schilling für den Neubau des Magazins-, Werkstätten und Kanzleihauses der Elektrizitätswerke IX., Hüfergasse und eines Kredites von 1.500.000 Schilling für die Beschaffung von Gasmessern.

Gemeinderat Schön berichtet über den Grunderwerb für die Erbauung einer Transformatorstation auf der ehemaligen Irrenhausrealität im IX. Bezirk, und den Ankauf einer Liegenschaft in Untermeidling, Gemeinderat Schütz über eine Baulinienbestimmung eines Teiles der Hirschtettenerstrasse im XXI. Bezirk und Baulinienbestimmungen im Kahlenbergerdorf. Angenommen wird ferner ohne Debatte der abgeänderte Entwurf für die Wohnhausanlage auf dem Alsergrund in der Thury-Markt- und Fechtergasse, über den Stadtrat Speiser berichtet. Stadtrat Speiser beantragt eine Lohnregulierung bei den städtischen Gaswerken, einen Zuschusskredit für

die Märkte und Schlachthöfe im Betrag von 96.000 Schilling und Stadtrat Dr. Tandler beantragt 50.000 Schilling für Abfertigungen. Stadtrat Dr. Tandler beantragt für Mehrerfordernisse des Versorgungsheimes Mauerbach, wo die Anzahl der Becken auf 350 auf 440 erhöht wird, einen Kredit von 81.000 Schilling und für die Kosten der Umwandlung eines Pavillons des Versorgungsheimes Lainz in ein Krankenhaus von 36.000 Schilling. Gemeinderat Thaller beantragt Subventionen von je 1000 Schilling für die Zoologisch-botanische Gesellschaft, für die in der Zeit vom 9. bis 14. Oktober 1925 vom Oesterreichischen Bildspielbund veranstaltete Bildwoche in Wien und zur Ausprägung einer von Bildhauer Josef Tautenhayn entworfenen Johann-Strauss-Plakette in Bronze. Schliesslich werden angenommen die Anträge des Gemeinderates Schütz für die Baubewilligung eines Zubaus und für bauliche Umgestaltungen im städtischen Elektrizitätswerke XII., Pottendorf, Errichtung der Erstrasse, die Baubewilligung für die Errichtung des Umspannwerkes „Michelbeuern“ und für den Ausbau der Unterstation Alsergrund.

St.R. Tandler beantragt die Umwandlung des städtischen Zentralpferdeschlachthaus in Favoriten, Schoberplatz, in ein Heim für Obdachlose. Die Gemeindeverwaltung hat die Zahl der Betten für Obdachlose von 800 auf 2000 erhöht; doch hat sich gezeigt, dass auch diese Zahl nicht genügt, weshalb diese Umwandlung vorgeschlagen wird. Es werden nicht alle Räume für Obdachlose verwendet. Die Aufnahme wird im Obdachlosenheim der Gemeinde, das gegenüber dem Pferdeschlachthaus ist, erfolgen, wo auch die Küche untergebracht ist, so dass die Leute in dem neuen Gebäude nur nächtigen werden.

G.R. Müller (chr. soz.) begrüsst diese neue Einrichtung, da die Gemeinde alles daransetzen muss, um für die Obdachlosen zu sorgen. In Meidling wurde das Obdachlosenheim in ein Hochschülerheim umgewandelt und wenn die Gemeinde etwas entgegenkommender wäre, so könnte sie auch dieses Heim wieder ihrem ursprünglichen Zweck zuführen. Der Verein, der jetzt dieses Heim verwaltet, kann die hohen Lasten, wie Wohnbausteuer u. s. w. nicht mehr ertragen und wäre gern bereit mit der Gemeinde in Fühlung zu treten, man könnte die Studenten in der Nähe der Universität unterbringen und würde den notwendigen Platz für die Obdachlosen gewinnen.

2

Stadtrat Kunschak meint, es wäre an der Zeit mit der Bezeichnung Obdachlosenheim überhaupt aufzuhören und es einfach Heim zu nennen. In formaler Beziehung müsse er das Bedenken vorbringen, dass in dem Augenblicke, da der Gemeinderat zu einer Besichtigung eingeladen werde der Gegenstand erst auf der Tagesordnung stehe.

Der Referent bemerkt in seinem Schlussworte, dass mit dem Asylverein neuerdings unterhandelt werde und die Hoffnung bestehe, zu einem besseren Resultat zu kommen als damals. Die Bezeichnung Obdachlosenheim würde an Stelle der Bezeichnung Asyl- und Werkhaus gewählt. Man möge bedenken, dass nicht nur der Name geändert wurde, sondern auch eine Reihe von Verbesserungen durchgeführt worden ist. Sobald man einen besseren Namen findet, werde man ihn gerne anwenden.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Stadtrat Tandler berichtet über den Antrag auf Beitragsleistung der Gemeinde Wien zum Betriebsabgang der Wiener Fondspitälner in der Höhe von sechs Millionen Schilling und bemerkt dazu, die Gemeinde habe sich im Ausgleichsweg verpflichtet dem Bund für die Zeit vom 28. Juli 1920 bis 31. Dezember 1923 auf Grund des Krankenanstaltengesetzes die genannte Summe zu bezahlen.

Gemeinderat Kunschak fragt aus welcher Kassa, unter welchem Titel und unter welcher Post diese sechs Millionen Schilling im Budget verrechnet werden.

Stadtrat Breitner erwidert, die Bedeckung werde durch eine unvermutete Einnahme von fünfzig Milliarden Kronen, die der Bund der Gemeinde Wien zugebilligt, gefunden werden.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Stadtrat Tandler beantragt die Bewilligung von Zuschusskrediten aus Anlass der Wassergebührenerhöhung.

G. R. Wotzko (chr. soz.) erklärt, dass durch den Mehrbedarf an Wasser in den Fürsorgeanstalten ungefähr eine halbe Milliarde Kronen jährlich zu zahlen sein werden. Ungefähr 11 Prozent der Lasten in den Fürsorgeanstalten bedeute ein Einschlag für die Gemeinde, da sie wieder in die Gemeindekassen zurückfließen, das sind 48 Milliarden jährlich. Es sei zu begrüßen, dass die Gemeindeverwaltung von dem Grundsatz der allgemeinen Kommunalisierung in neuester Zeit abweicht und die freiwillige Fürsorge mehr heranzieht, sie werde dabei viel besser fahren, da die Gemeinde in eigener Regie beträchtlich höhere Auslagen hat. Die verbrauchte Wassermenge in den Fürsorgeanstalten scheine den gesundheitlichen Anforderungen der Pflanzlinge nicht zu genügen.

Der Referent entgegnet, er sei immer betroffen gewesen, inwieweit in den Fürsorgeanstalten das Waschen so angenehm als möglich zu machen, allein insbesondere die Kinder seien von Hause aus nicht besonders für die Reinigung und keine Fanatiker des Waschens. In den Waisenhäusern konnte sich früher kein Kind mit warmem Wasser waschen, jetzt aber ist überall durch Warmwasserleitungen dafür gesorgt. Man dürfe hoffen, dass im Laufe der Jahre die Vorliebe für körperliche Reinigung sich allmählich ausbilde. In den Versorgungshäusern stehe es damit noch nicht besonders günstig, denn der Wasserverbrauch ist unter der normalen Menge.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Stadtrat Tandler beantragt die Schliessung des Betriebes der Heilanstalt Spinnerin am Kreuz, die Vermehrung der Bettenzahl

in der Erholungsstätte Kreuzwiese um fünfzig, sowie die Eröffnung des Betriebes der neuerrichteten Abteilung für zweihundert lungenkranke Kinder in der Heilanstalt Baumgartnerhöhe.

G. R. Müller (chr. soz.) tritt dafür ein, dass die Auflassung der Heilanstalt Spinnerin am Kreuz dazu benützt werde, die schon längst als dringend erkannte Herstellung einer Verbindungsstrasse zwischen dem XII., und X. Bezirk vorzunehmen.

Der Referent entgegnet, er werde diesen Wunsch dem amtsführenden Stadtrat Siegel zur Kenntnis bringen.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

G. R. Grünfeld (soz. dem.) beantragt, den Neubau einer Aufbahrungshalle auf dem Stadlauer-Friedhof mit den Kosten von 27.000 Schilling zu genehmigen.

Nachdem Gemeinderat Kunschak eine formale Bemängelung vorgebracht, die der Referent aufklärt, wird der Antrag angenommen.

G. R. Grünfeld (soz. dem.) beantragt ferner einen Zuschusskredit für die Erhaltung der Wege, Anlagen und Grabbezeichnungen in Gemeindefriedhöfen. Um die Schäden der Nachkriegszeit zu überwinden, ist ein Kredit von 60.000 Schilling erforderlich.

G. R. Doppler (chr. soz.) bemängelt, dass aus dem Referate nicht zu entnehmen sei, wiesich die Lasten auf die einzelnen Posten verteilen. Er rügt ferner, dass die Erdschicht auf Schachtgräbern nicht von der notwendigen Stärke besonders in der Nachkriegszeit

warmen Jahreszeit unmöglich sei. Diesem Uebelstand müsse sofort abgeholfen werden. Endlich sei auch ein berechtigter Wunsch der Hernalser, den Friedhof nach einer Seite zu vergrössern oder eventuell mit dem Dornbacher zu verbinden, da auf dem Hernalser Friedhof Schachtgräber nicht mehr vorhanden sind. Die notwendigen Grundstücke können nicht als zu teuer bezeichnet werden. Bei einigen guten Willen wäre es möglich. Redner stellt den Antrag, ehestens eine Vorlage zur Erweiterung des Hernalser Friedhofes zu verfassen. Nach den Angaben des Referenten, der die Verteilung auf die Rubriken aufklärt, wird der Antrag des Gemeinderates Kunschak angenommen und der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt und der Referentenantrag genehmigt.

G. R. Nachtnebel (soz. dem.) beantragt einen Nachtragskredit von 350.000 Schilling für die Ausgestaltung der öffentlichen elektrischen Beleuchtung. Diese soll in einigen Strassen, in denen sie bisher nicht vorgesehen war, eingeführt werden.

G. R. Scholz (chr. soz.) bemängelt, dass in vielen Strassen, die im Voranschlag genannt waren, die elektrische Beleuchtung noch immer nicht in Angriff genommen worden ist. So verweise er in der Brigittenau in der Wintergasse, Brigittgasse, Gerhardusgasse, Hannovergasse die Installationen. Es muss einem Wunder nehmen, wenn nunmehr Kredite für Installationen in Strassen angesprochen werden, in denen eine öffentliche elektrische Beleuchtung bisher nicht vorgesehen war, während die im Budget aufgeführten Gassen schon längst an die Reihe hätten kommen sollen. Redner schildert an Hand einer Stromstörung am 20. September, wo eine Stadtbahnstation durch 15 Minuten in ägyptischer Finsternis lag, die Gefahren eines Kurzschlusses auf den Stationen der elektrischen Stadtbahn für eine Notbeleuchtung werde keinerlei Vorsorge getroffen. Ebenso gefährlich kann aber eine Stromstörung auf

Dritter Bogen

den Strassen, die elektrisch beleuchtet werden, sein. Redner verlangt die Einführung einer Notbeleuchtung, die durch einzelne Gasandeleber, besonders an den Strassenkreuzungen, leicht erreicht werden kann. Der Referent weist im Schlusswort darauf hin, dass die Verhandlungen mit den Hausbesitzern langwierig sind. Die Uebelstände auf den Stadtbahnhöfen werden beseitigt.

Der Antrag wird bei der Abstimmung angenommen.

Stadtrat Siegel berichtet über ein Grundtauschabkommen zwischen der Gemeinde Wien und der Herrschaft Hoyos, wodurch eine Arrondierung des städtischen Besitzes im Gebiete der grössten Hüllentalquelle ermöglicht werden soll. Auf diesem Grundstück befindet sich ein sehr schöner Wald, dann einige Gebäude, von denen eines Hotelzwecken dient und ein Touristengebäude, welches nunmehr demoliert wird. Diese Gebäude gehen in den Besitz der Gemeinde Wien über, die dafür ein Jagdgebäude errichten wird. Auf allen Punkten wurde eine Einigung erzielt. Im Interesse der Hochquellenwasserversorgung erscheinen diese Ausgaben durchaus notwendig, man wird auch an die Regierung herantraten, um die Möglichkeit eines grösseren Schutzes der Hochquellenwasserleitung in Händen zu haben.

G.R. Waserka (chr. soz.) bemerkt, dass das Jagdgebäude nicht von der Güterverwaltung, sondern vom Landesjugendamt benützt wird. Es verkehren dort Jungwandler, die nach einer Anweisung des Haus geregelt benützen. Da aber im Gebiete der Bax nur sehr wenige so günstig gelegene Häuser zu finden sind, möge man dem Antrag zustimmen, dass auf einem in der Nähe gelegenen Grundstück für dieses Haus ein entsprechender Ersatz geschaffen wird. Ueber diesen Antrag wird abgestimmt, er wird angenommen und der Geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Zum Schlusse wird der Referentenantrag angenommen.

St.R. Siegel beantragt die Errichtung einer Wäscherei- und Badeanlage in der neuen städtischen Wohnhausanlage Sandliten in Ottakring. Die Kosten dieser Anlagen betragen 700.000 Schilling. Es handelt sich dort um eine der grössten städtischen Wohnhausanlagen, weshalb diese Einrichtungen notwendig sind.

G.R. Scholz (chr. soz.) beantragt mit Rücksicht darauf, dass die Pläne nicht vorliegen, die Rückverweisung der Vorlage. Er verweist darauf, dass in der Brigittenu eine derartige Wäschereianlage, die gleichfalls in einem städtischen Wohnhaus untergebracht ist, keinesfalls von den Wohnparteien entsprechend begrüsst worden ist. Die Leute müssen dort für die Benutzung dieser Einrichtung monatlich zugleich mit dem Mietzins sechs Schilling zahlen, was eine kolossale Verteuerung des Mietzinses bedeutet. Auch die Parteien, die die Anlage gar nicht benutzen müssen diesen Betrag zahlen.

St.R. Siegel erklärt, dass die Pläne über diese Baute vorhanden sind und jederzeit eingesehen werden können. Die Benutzung der zentralen Waschanlage erspart den Parteien alle Kosten, die beim Waschen entstehen. Der Beitrag wird ja nicht für die Benutzung bezahlt, sondern für das zum Reinigen der Wäsche erforderliche heisse Wasser und für jene Maschinen, die der Partei viel unangenehme Arbeit abnehmen.

Der Antrag auf Rückverweisung wird abgelehnt und der Antrag des Referenten angenommen.

St.R. Siegel beantragt den Verkauf von sieben alten Personenkraftwagen und den Ankauf von neuen Kraftwagen mit einem Erfordernis von 57.400 Schilling.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

St. R. Speiser berichtet über eine Stufenvorrückung für die Angestellten der städtischen Feuerwehr, die im Zusammenhang mit der kürzlich erfolgten Bezugsenerhöhung der städtischen Verwaltungsangestellten vorgenommen werden soll.

St.R. Rummelhardt (chr. soz.) erklärt, dass auch hier wieder der gleiche Fehler, wie bei den Verwaltungsangestellten gemacht wird. Es werden nämlich alle Pensionsparteien von dieser Erhöhung ausgeschlossen. Das ist ein grosses Unrecht und wenn die Mehrheit ehrlich vorgehen wolle, so müsse sie sagen, dass sie einsieht, dass die Bezüge nicht genügen, weshalb sie eine Erhöhung vornimmt. Aber man darf dann nicht schmutzig werden und bei den Pensionsparteien anders handeln. Bei dieser Vorlage müsste dieser Fehler ausgemerzt werden. Natürlich werden die Pensionsparteien dagegen protestieren und alle gesetzlichen Mittel ergreifen. Die Gemeinde ist nur im Bezug auf die Pensionsparteien so knickerisch, während sie auch nobel vorgehen kann. Derartige Beispiele haben sich in der letzten Zeit ereignet. Da hat ein Waisenhausdirektor in der Josefstadt Dinge gemacht, von denen die Leute im ganzen Bezirk geredet haben. Die Kinder sind verschlampt. Die Türen wurden zugesperrt, damit die Waisenkinder nicht in die Kirche gehen können. Nun sind Gerüchte laut geworden, dass es mit den Lebensmitteln und mit der Wäsche nicht stimmen soll. Nun ist der Mann verschwunden. Aber es wurde gegen ihn keine Disziplinaruntersuchung eingeleitet, sondern er wurde wieder

Schuldienst verwendet. Der Fall eines Kanzleinspektors hat gleichfalls in der letzten Zeit viel von sich reden gemacht. Der Mann soll gewisse Personen schon früher aufmerksam gemacht haben, dass er inspizieren kommt. Er hat auch Büroleiter veranlasst Personen frei zu geben, ohne dass ein dienstlicher Grund hierzu vorhanden war. Da handelte es sich um einen Mann, der gegen alle, die nicht seiner politischen Gesinnung waren, mit der grössten Strenge vorgegangen ist. Jetzt heisst es, dass nur Dinge privater Natur vorgefallen wären und man hat diesen Angestellten auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses pensioniert. Schliesslich hat dieser Angestellte auch einen Verwalter in die Lungenheilstätte auf dem Schafberg gebracht, der als eine Kassenskontrierung angekündigt wurde, gleich erklärt hat, dass Hundert Millionen fehlen. Wenn dieser Betrag auch von Verwandten ersetzt worden sein soll, so kann die Angelegenheit doch damit nicht erledigt sein.

Redner beantragt, dass auch die Pensionsparteien der Stufenvorrückung teilhaftig werden sollen.

St. R. Speiser erwidert, er sehe keinen Anlass von den wohlwollenden Beschlüssen, die im Einvernehmen mit den Organisationen zustande gekommen sind, abzuweichen, weswegen er den Antrag Rummelhardt ablehnen müsse. Die weiteren Ausführungen des Vorredners wegen Verwendung von Beamten auf bestimmten Dienstposten nach ihrer politischen Parteizugehörigkeit seien unrichtig. Die Besetzung von leitenden Posten werde ohne Rücksicht auf die Partei vorgenommen, wie es ja in einer reinlichen Verwaltung selbstverständlich ist.

G.R. Müller (chr. soz.): Aber die Novembersozialisten werden besonders protegiert.

Vierter Bogen

St. R. Speiser Zu Ihren Zeiten durfte ein Angestellter als Sozialdemokrat bekennen, ohne sich den allerschärfsten Gefahren auszusetzen. Infolgedessen gibt es wahrscheinlich viele Beamte, die schon seit längerer Zeit eine sozialistische Weltanschauung hatten, die aber vor dem Umsturz sich nicht getrauten sie zu bekennen. Die Behauptungen des Stadtrates Rummelhardt über das Veraperrn der Türen, Kinder vom Kirchenbesuch abzuhalten, was auf Weisung einer Waisenhausleiters geschah sei, sind jedenfalls unbewiesen, ich habe dergleichen nicht gehört. Es wurde auch behauptet, dass der Leiter ein Prügelpädagoge sei. (Stadtrat Rummelhardt: Das kennen die Nachbarn bezeugen) In der amtlichen Darstellung des Falles ist nicht der geringste Hinweis enthalten, der diese Behauptung rechtfertigen würde. Es heisst dort, dass der Leiter deshalb resignierte, weil er das Gegenteil von streng eingeführt hat.

St. R. Rummelhardt: Er war wie jeder schlechte Erzieher in dem einen Falle zu nachsichtig in dem anderen zu scharf.

St. R. Speiser: Haben die Betreffenden gesehen, wie er Kinder geschlagen hat? Die Absperrung des Waisenhauses von der Schule ist nicht auf Weisung des Leiters, sondern im Auftrage des Magistrates erfolgt, um die Schulkinder von den Waisenhauskindern zu trennen. Die weitere Behauptung, dass im Waisenhaus Unregelmässigkeiten mit Lebensmitteln vorkamen, habe ich wohl in der betreffenden Zeitung, aus der Stadtrat Rummelhardt seine Informationen holte, gelesen, es hat sich aber herausgestellt, dass diese Angaben irrig sind. Im Antrage des Magistrats über die Resignation des Waisenhausleiters heisst es, dass ihm nichts ehrenrühriges oder disziplinwidriges zur Last gelegt werden kann, dass er aber im Bezug der Beaufsichtigung der Kinder eine Methode angewendet hat, die in der jetzigen Zeit nicht die richtige ist. Der Leiter hat wieder seine frühere Stelle als Volksschullehrer angenommen.

Bezüglich des Falles des Büroinspektors, der unlängst pensioniert wurde, kann ich nur sagen, dass die Behauptung, er hätte das Personal tyrannisiert unrichtig ist, es ist mir nicht ein einziger Fall angezeigt worden. Seine Pensionierung ist auf Grund eines Krankheitszeugnisses erfolgt. Der dritte Fall bezüglich der Defraudationen eines städtischen Beamten ist richtig, seiner Verwandten haben die Schadenssumme gedeckt und der Magistrat hat infolgedessen, mit Rücksicht auf seine Familie von einer Strafanzeige Abstand genommen.

Die Anträge Rummelhardts wurden sodann abgelehnt und der Referentenantrag unverändert angenommen.

St. R. Speiser beantragt die Bewilligung eines Zuschusskredites von den 50.000 Schilling für Abfertigungen von Strassenarbeitern, die eine ihnen angebotene Rente abgelehnt haben.

St. R. Doppler (chr.-soz.) bemerkt, dass in der letzten Zeit so viel Strassenarbeiter abgebaut worden sind, dass jetzt faktisch Personalmangel herrsche. Die ordnungsgemässe Kehrichtabfuhr leide darunter, in den Höfen der Häuser des XVII. Bezirkes bilden sich infolgedessen grosse Misthaufen, die eine sanitäre Gefahr bedeuten. Man müsse fordern, dass die Kehrichtabfuhr wenigstens einmal in der Woche erfolge, weil sonst in den Häusern Seuchenherde entstehen.

St. R. Speiser weist darauf hin, dass ^{das} Personal bei der Bedienung der Coloniawagen auf sein eigenes Betreiben hin vermindert worden ist und die Misstände auch sonst abgestellt wurden.

Der Antrag wird bei der Abstimmung angenommen.

St. R. Breitner berichtet über den Zuschusskredit von 31.500 Schilling zur Deckung der aus dem Vergleiche mit Auersperg fälligwerdenden Beträge zur Rückzahlung der Mietzinsabgabe und Wohnbausteuer des Hauses in der Auerspergstrasse. Diese Steuerbegünstigung reicht bis zum Jahre 1683 zurück. Schon früher hatte man versucht, sich ihrer zu entledigen. Nach langwierigen Verhandlungen einigte man sich nunmehr, die Begünstigung mit Ende 1924 zu begrenzen.

St. R. Zimmerl bemängelt, dass diese Ausgabe auf der Rubrik „Sonstiges“ erscheint, wo Ehrengaben, Auswandaufgaben und ähnliches stehen. Er wünscht, dass diese Ausgaben vielmehr auf die Rubrik gesetzt werden, wo die Wohnbausteuer verzeichnet wird. Er stellt den Antrag, die Summe auf die Rubrik „Verwendung der Wohnbausteuer“ zu stellen.

St. R. Breitner dankt für den Hinweis und schliesst sich dem Antrag

Abänderungsantrag an, worauf der abgeänderte Referentenantrag bei der Abstimmung angenommen wurde.

Vorsitzender Gemeinderat Schorsch schliesst um 8 Uhr 15 Minuten die Sitzung.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 9. Oktober 1925.

.....
Neue Fortschritte im Schulwesen der Stadt Wien. Mit Beginn des Schuljahres 1922/23 wurde an drei Knaben- und drei Mädchenbürgerschulen erste Klassen der Allgemeinen Mittelschule eröffnet. Der Versuch wurde mit grossem Erfolg fortgeführt und es werden nunmehr auf Antrag des Gemeinderates Hellmann mit Beginn des Schuljahres 1925/26 je vier Paralellklassen der vierten Klasse der Allgemeinen Mittelschule eröffnet. Die Absolventen dieser Klassen können am Ende dieses Schuljahres in die Obermittelschule eintreten. Durch die Eröffnung dieser Klassen erhöht sich die Gesamtzahl der Klassen der Allgemeinen Mittelschule von 72 auf 96.

.....
Ankauf für das städtische Uhrenmuseum. Der Gemeinderatsausschuss für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat auf Antrag des Gemeinderates Beisser den Ankauf einer Monstranzuhr mit Kalender für das Uhrenmuseum der Stadt Wien beschlossen. Die Uhr ist eine der grossen Seltenheiten der Uhrmacherkunst, die im städtischen Uhrenmuseum noch nicht vertreten sind. Das Uhrenmuseum hat dadurch eine bemerkenswerte Bereicherung erfahren.

.....
Rückgang der Sterblichkeit in Wien. Im August 1925 sind in Wien 1.644 Personen gestorben. Im Juli starben 1.834 Personen, während im August des vergangenen Jahres 1.788 Todesfälle gezählt worden sind. Im August 1925 entfiel die grösste Zahl der Todesfälle auf die Krankheiten der Kreislauforgane. Es ist also die Sterblichkeit etwas zurückgegangen.

.....
Keine Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten. Am Montag, den 12. Oktober entfallen wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunden bei dem amtsführenden Stadtrat Breitner.

.....
Die Verwaltung der Amts- und Schulhäuser. Auf Beschluss des Stadtsenates wurde die Verwaltung der Amts- und Schulhäuser, Kindergartengebäude und städtische Häuser für gemischte Zwecke der Magistratsabteilung 45 übergeben. Es sind daher alle Ansuchen um Ueberlassung von Räumen in diesen Gebäuden für Sitzungszwecke nunmehr an diese Magistratsabteilung zu richten. Die Verwaltung der städtischen Zinshäuser und Wohnhausanlagen wurde gleichzeitig der Magistratsabteilung 17 übergeben, die der Verwaltungsgruppe für Sozialpolitik und Wohnungswesen angegliedert ist.

.....